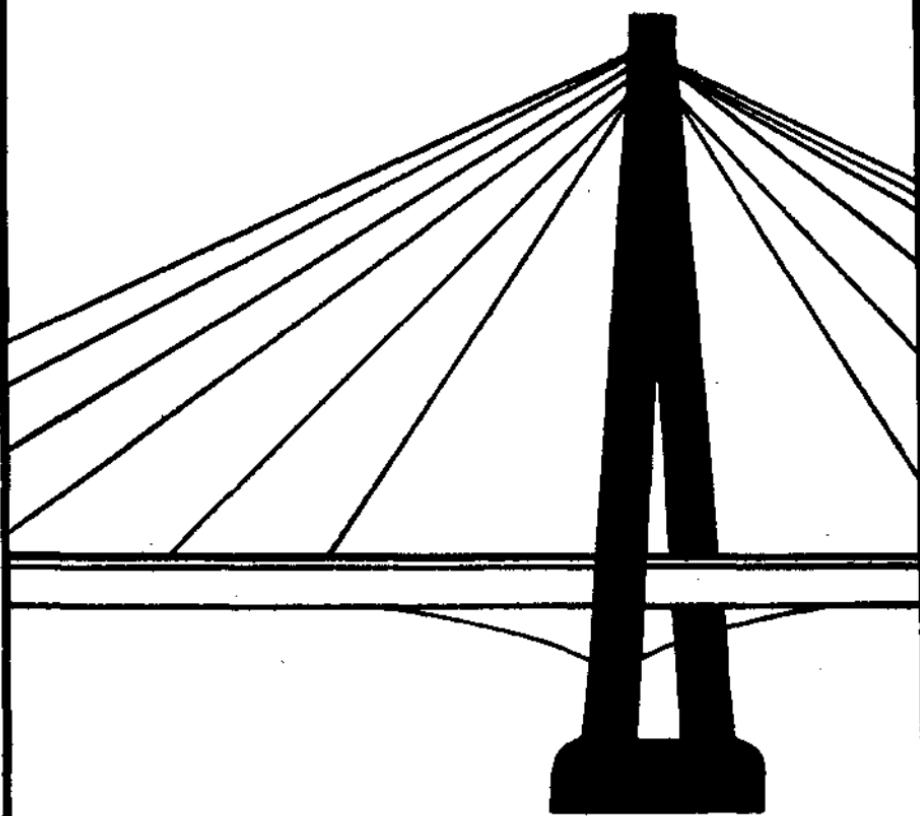


Modern und zuverlässig



Düsseldorf, den 24. September 1966

Mitteilung

Als Antwort auf das sogenannte Stabilisierungsgesetz, das die Regierung im Bundestag eingebracht hat, unterbreitet die Kommunistische Partei Deutschlands der Öffentlichkeit der Bundesrepublik ihre Vorschläge

„Für eine stabile Friedenswirtschaft zum Wohle des Volkes“.

Die Bundesregierung will durch ihr sogenanntes Stabilisierungsgesetz die finanziellen Rechte der Länder und Gemeinden einschränken, den arbeitenden Volkschichten neue Belastungen auferlegen und die Löhne und Gehälter einfrieren. Stabilisiert werden sollen ausschließlich die Rüstungsausgaben und die Profite des Großkapitals.

Die KPD macht konstruktive Vorschläge, wie der Verfall der Währung aufgehalten, wie Vollbeschäftigung und Kaufkraft gesichert werden können. Sie weist den Weg zu einer dem Wohle des Volkes dienenden, stabilen Friedenswirtschaft.

Die Vorschläge der KPD enthalten Grundsätze, Maßnahmen und Wege zu einer demokratischen Wirtschaftspolitik.

Die KPD appelliert an alle Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaften, an die Bundestagsfraktion und an die Organisationen der Sozialdemokratischen Partei, sich den Gesetzentwürfen der Regierung entgegenzustellen.

Die KPD erklärt, daß eine den Volksinteressen dienende Stabilisierung und eine demokratische Wirtschaftspolitik erreicht werden können, wenn sich die Arbeiter und ihre Organisationen, Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Kommunisten und christlichen Werk-tätigen gemeinsam für ihre gerechten sozialen Forderungen einsetzen.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

FREIES VOLK

Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

September 1966

Sonderausgabe

Für eine stabile Friedenswirtschaft zum Wohle des Volkes

Vorschläge der Kommunistischen Partei Deutschlands

I.

In den 20 Jahren nach dem Kriege sind in der Bundesrepublik bedeutende wirtschaftliche Leistungen vollbracht worden. Der Fleiß, das Können, die harte Arbeit von Millionen Arbeitern und Bauern, Angestellten, Ingenieuren und Wissenschaftlern, Handwerkern und Gewerbetreibenden haben eine enorme Wirtschaftskraft entstehen lassen. Richtig genutzt, könnte sie dem Volke sichere Arbeitsplätze, gute Einkommen, ausreichende Renten und Sozialleistungen, einen stetigen sozialen und kulturellen Aufstieg gewährleisten.

Und dennoch läßt die jüngste wirtschaftliche Entwicklung immer mehr Menschen unseres Landes voller Ungewißheit und Sorge in die Zukunft sehen. Es zeigt sich, daß unser Wirtschaftsleben keineswegs auf stabilen und gesunden Grundlagen ruht. Eine schleichende Inflation mindert die Kaufkraft der Mark und entwertet die Ersparnisse. Die von den Gewerkschaften erkämpften Lohn- und Gehaltserhöhungen werden durch unverantwortliche Preis-, Miet- und Tarifsteigerungen aufgezehrt. Im Bergbau sind Zehntausende, in der Stahl- und Textilindustrie Tausende Arbeiter von der Entlassung bedroht. Zahlreiche Konkurse und Betriebschließungen zeugen von der zunehmenden Existenzunsicherheit kleiner und mittlerer Betriebe. Den Ländern, Städten und Gemeinden fehlen die Mittel für die notwendigsten Schul-, Krankenhaus- und Verkehrsbauten. Konjunkturruinen, nicht vollendete öffentliche Bauvorhaben sind fast schon zu Wahrzeichen unserer Städte geworden.

Wo liegen die Ursachen? Wer trägt die Verantwortung für diese Entwicklung? Die Regierung behauptet, schuld sei der Volksverbrauch, die „Maßlosigkeit“ der arbeitenden Menschen und ihrer Gewerkschaften, die angeblich überhöhten Ausgaben der Städte und Gemeinden.

Aber das Gegenteil ist wahr. Schuld sind die Regierung und ihre Auftraggeber, die großen Industriellen und Bankiers. Schuld ist ein politischer Kurs, der das Wirtschaftsleben den friedengefährdenden militärischen

Machtzielen und dem egoistischen Profitstreben einer kleinen Gruppe von Multimillionären unterwirft.

Die maßlose Rüstung verschlingt einen immer größeren Teil der öffentlichen Mittel. Die Preisdictatur der Konzerne, die Haushaltdefizite, eine inflationistische Kreditschöpfung und eine einseitige Außenhandelspolitik führen zur Aushöhlung des Geldwertes. Durch eine feindselige Haltung zum Osten werden traditionelle Absatzgebiete vernachlässigt. Wichtige Industriezweige und Unternehmen werden dem nordamerikanischen Großkapital ausgeliefert, weil die Bundesregierung nationale volkswirtschaftliche Interessen mißachtet.

Die gegenwärtig vor sich gehende tiefgreifende Umwälzung in Wissenschaft und Technik würde es ermöglichen, den Wohlstand des Volkes rasch und dauerhaft zu erhöhen. Aber die Großkonzerne nutzen den technischen Fortschritt nur zur Mehrung ihres Gewinns. Schon heute werden durch Automation und Rationalisierung viele Arbeitsplätze gefährdet, ohne daß die notwendigen, auf lange Sicht planenden Maßnahmen getroffen werden. Im Drang nach Höchstprofiten wurden und werden Produktionskapazitäten geschaffen, die bereits nicht mehr ausgelastet werden können. Zugleich aber fehlen Mittel für lebenswichtige volkswirtschaftliche Investitionen und für die Lösung dringender sozialer und kultureller Aufgaben.

Warum ist das so? Weil die Wirtschaft der Bundesrepublik beherrscht wird von einer kleinen Schicht von Großkapitalisten. Hundert Großindustrielle und Bankiers verfügen über den entscheidenden Teil des nationalen Reichtums. Ihre wirtschaftliche Macht ist zugleich politische Macht. Die staatliche Wirtschaftspolitik dient ihrem Interesse, zu ihren Gunsten wird über den Staatshaushalt ein bedeutender und ständig wachsender Teil des Nationaleinkommens umverteilt. Das Volk aber ist von der Leitung der Wirtschaft, von der Gestaltung der Politik weitgehend ausgeschaltet.

Die Bundesregierung versucht jetzt, die durch einen abenteuerlichen Rüstungskurs und eine verfehlte Wirtschaftspolitik entstandenen Schwierigkeiten mit Ermächtigungsgesetzen zu lösen. Ein sogenanntes Stabilisierungsgesetz soll ihr umfassende Notverordnungsgewalt in die Hand geben, die finanziellen Rechte der Länder und Gemeinden einschränken, den arbeitenden Volksschichten neue Belastungen auferlegen, die Löhne und Gehälter einfrieren. Die staatliche und großkapitalistische Preistreiberei aber darf weitergehen. Schon verlangen führende Sprecher der Unternehmerverbände eine gezielte Arbeitslosigkeit als Druckmittel gegen Arbeiterschaft und Gewerkschaften.

Das alles bringt keine Stabilität. Es kann nur zur Einschränkung des Volkskonsums, zur Minderung der Kaufkraft, zur Gefährdung weiterer Arbeitsplätze führen. Stabilisiert werden so ausschließlich die Rüstungsausgaben und die Profite des Großkapitals.

Eine Stabilisierung der Wirtschaft ist notwendig, aber sie darf nicht auf Kosten des arbeitenden Volkes gehen. Deshalb muß das von der Regierung

vorgeschlagene „Stabilisierungsgesetz“ von allen demokratischen Kräften entschieden abgelehnt werden.

Als Sofortmaßnahme zur Stabilisierung der Wirtschaft und Währung, zur Sicherung der Vollbeschäftigung und Kaufkraft schlägt die Kommunistische Partei Deutschlands vor:

- 1 Herabsetzung der Rüstungsausgaben um mindestens 5 Milliarden Mark; Verkürzung der Wehrdienstzeit von 18 auf 12 Monate; Beendigung der wertvolle Devisen verschlingenden Waffenkäufe in den USA, die obendrein eine Mitfinanzierung des schmutzigen Krieges in Vietnam darstellen.
- 2 Drastische Maßnahmen gegen alle Preissteigerungen, Beendigung der staatlich verordneten Preis-, Tarif- und Mieterhöhungen; höhere Besteuerung der Einkommen und Vermögen von Millionären und Großkonzernen; Unterbindung jeder Kapitalflucht in das Ausland.
- 3 Lösung der dringlichen Aufgaben in der Volksbildung und im Gesundheitswesen, in der Verkehrs- und Raumplanung durch eine demokratische Finanzreform, die den Ländern und Gemeinden einen höheren Anteil am Steueraufkommen garantiert; keinerlei Beschneidung der Finanzhoheit und der verfassungsmäßigen Rechte der Länder und Gemeinden.
- 4 Hebung der Kaufkraft des Volkes durch Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderungen nach höheren Löhnen, Gehältern und Renten als wichtiger Stütze der Konjunktur.

Eine Stabilisierung der Wirtschaft ist nur möglich, wenn der politische Kurs geändert wird, der die volkswirtschaftlichen Quellen und Möglichkeiten in verhängnisvoller Weise auf die Rüstung und Kriegsvorbereitung lenkt. Eine stabile Friedenswirtschaft erfordert eine konsequente Friedenspolitik. Sie verlangt den Verzicht auf Atomwaffen in jeder Form, die Verhinderung jeglicher Notstandsgesetze, die Bereitschaft zur Verständigung und zu normalen Beziehungen mit der DDR. Zugleich sollten sich die Arbeiter und ihre Organisationen, Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Kommunisten, christliche Werktätige darüber klar sein, daß eine den Volksinteressen dienende Stabilisierung nur errungen werden kann, wenn sie sich gemeinsam für ihre gerechten sozialen Forderungen einsetzen.

II.

Grundsätze einer demokratischen Wirtschaftspolitik

Wir Kommunisten wissen, wie kompliziert die Lösung der wirtschaftlichen Probleme in der Bundesrepublik ist. Wir sehen in den von uns vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen die Möglichkeit, günstige Voraussetzungen für die Überwindung der entstandenen Schwierigkeiten zu schaffen.

Als eine Partei, die unbeirrbar an ihrer sozialistischen Zielsetzung festhält, sind wir überzeugt davon, daß eine endgültige Lösung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Probleme, vor denen die Bundesrepublik heute steht, nur in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung möglich sein wird. Dieser Weg kann aber erst beschritten werden, wenn sich die Mehrheit des Volkes aus freiem Entschluß dafür einsetzt. Unser sozialistisches Ziel schließt Reformen und Teillösungen keineswegs aus. Die KPD sieht im Gegenteil heute ihre Aufgabe darin, dem arbeitenden Volk der Bundesrepublik solche konstruktiven Vorschläge zu unterbreiten, die gegenwärtig gangbar sind und einen realen demokratischen und sozialen Fortschritt ermöglichen.

Die Wirtschaft muß dem Volke nützen, und nicht wie heute einer kleinen wirtschaftlichen Machtelite. Was jetzt not tut, ist eine neue Wirtschaftspolitik, die die Macht der wenigen Konzerngewaltigen einschränkt, eine Demokratisierung der Wirtschaft herbeiführt und damit dem Frieden und dem Fortschritt dient.

Die Kommunistische Partei Deutschlands erstrebt eine blühende Wirtschaft in unserem Lande. Sie setzt sich für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt ein. Sie will, daß die wichtigen wirtschaftlichen Entscheidungen demokratisch, durch die Mitbestimmung des Volkes getroffen werden.

Eine demokratische Wirtschaftspolitik muß sichern:

- die Vollbeschäftigung,
- ein beständiges optimales Wirtschaftswachstum,
- die Stabilität der Preise und der Währung,
- einen wachsenden Außenhandel,
- den stetigen sozialen und kulturellen Aufstieg des Volkes.

Die Demokratie darf vor Betrieb und Wirtschaft nicht Halt machen. Den demokratischen und sozialen Bundesstaat verwirklichen — das setzt demokratische Wirtschaftsreformen auf die Tagesordnung. Die Demokratisierung der Wirtschaft ist notwendig, damit die reichen Wirtschaftskräfte unseres Landes nicht für eine lebenszerstörende Gewaltpolitik vergeudet werden, sondern dem Wohl des Volkes dienen; damit der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht beseitigt wird; damit der wissenschaftlich-technische Fortschritt dem arbeitenden Menschen nicht zum Fluch, sondern zum Segen gereicht.

Wir Kommunisten wissen, daß die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft ein trügerisches Schlagwort bleiben muß, wenn ihr Inhalt nicht klar bestimmt ist. Wir meinen, Demokratisierung der Wirtschaft kann nur heißen: Einschränkung der Übermacht der großkapitalistischen Konzerne, Mitbestimmung und Mitentscheidung des arbeitenden Volkes und seiner Organisationen auf allen Ebenen des Wirtschaftslebens, vom Arbeitsplatz und Betrieb bis zu den leitenden staatlichen Organen.

III.

Notwendige Maßnahmen einer demokratischen Wirtschaftspolitik

1. Um diese Grundsätze im wirtschaftlichen Leben der Bundesrepublik verwirklichen zu können, muß die Wirtschaft von den Belastungen der maßlosen Rüstung und des ungehemmten Macht- und Profitstrebens großkapitalistischer Konzerne befreit werden.

Es ist vordringlich, die Rüstungskosten zu senken und auf Produktion und Mitverfügung von Atomwaffen in jeder Form zu verzichten. Die bisher durch die Rüstungsproduktion beanspruchten Kapazitäten sind planmäßig, ohne Nachteile für die Belegschaften, auf Friedensproduktion umzustellen. Die Notstands- und anderen Ermächtigungsgesetze, die tief in das wirtschaftliche Leben eingreifen, die die Wirtschaft auf den Krieg vorbereiten, das öffentliche Leben militarisieren und dazu beitragen, die Finanzen zu zerrütteln, sind zu verhindern bzw. rückgängig zu machen. Dadurch wird der Staatshaushalt entlastet, werden Milliarden frei für dringend notwendige soziale und kulturelle Vorhaben.

Ein Sachverständigengremium, in dem die Parlamente, Gewerkschaften und Wissenschaftler vertreten sind, sollte unverzüglich Vorschläge unterbreiten, wie die eingesparten Milliardenbeträge am besten für Investitionen im produktiven Bereich, für soziale und kulturelle Gemeinschaftsaufgaben verwendet werden können. Eine Abrüstungspolitik sichert nicht nur den Frieden. Sie ist darüber hinaus ein entscheidender Beitrag zur Stabilität der Währung und der öffentlichen Haushalte. Sie hilft, die Arbeitsplätze zu erhalten.

2. Um den Wert der D-Mark zu stabilisieren, ist, außer der Herabsetzung der Rüstungsausgaben, das Preisdiktat der großen Konzerne systematisch abzubauen, die Preisbindung der zweiten Hand zu beseitigen und eine Preisaufsicht einzuführen. Alle Maßnahmen der Bundesregierung, die dem Preisauftrieb Vorschub leisten, sind zu unterbinden. Kartelle und Syndikate sind einer strengen öffentlichen Kontrolle zu unterstellen.

3. Es ist erforderlich, entsprechend den gewerkschaftlichen Vorstellungen, die Einkommen und Vermögen gerechter zu verteilen. Eine entscheidende Rolle kommt dabei einer aktiven Lohnpolitik zu, die den Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt zu Lasten der großen Unternehmergevinne erhöht.

4. Wenn die Bedürfnisse der Bevölkerung vor allem im Bereich der Volksbildung und des Gesundheitswesens, des Wohnungsbaus und der Verkehrsplanung besser befriedigt werden sollen, ist eine grundlegende Veränderung des Steuersystems und der gesamten Finanzpolitik notwendig. Um die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, einschließlich der Einkommen der kapitalschwachen Mittelschichten, der Klein- und Mittelunternehmer zu entlasten, zugleich aber die Mittel für die dringend

notwendigen Staatsausgaben zu beschaffen, sollten die folgenden steuerpolitischen Maßnahmen verwirklicht werden:

- Senkung der Lohnsteuer,
- Senkung des Anteils der indirekten Steuern,
- Beseitigung der Steuervergünstigungen, die einseitig den höchsten Einkommen zugutekommen und die Kapitalkonzentration fördern,
- Gemeinschaftseinrichtungen des Mittelstandes, bäuerliche Gemeinschaften, Genossenschaften und andere demokratische Zusammenschlüsse sind steuerlich zu fördern,
- die Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer für höchste Einkommen und Vermögen ist ebenso zu erhöhen wie die Körperschaftssteuer für Großunternehmen,
- eine Kapitalzuwachssteuer ist einzuführen.

Die gesamte Steuergesetzgebung ist zu vereinfachen. Es ist eine demokratische Finanzreform zu verwirklichen, die den Anteil der Länder und Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen erhöht. Dabei ist vordringlich die Finanzkraft der Gemeinden zu verbessern, da sie die Hauptlasten bei der Erfüllung der sozialen und kulturellen Gemeinschaftsaufgaben zu tragen haben.

5. Eine hochproduktive Landwirtschaft ist im Interesse einer leistungsfähigen Volkswirtschaft, zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich. Sie muß den Bauern eine gesicherte Existenz bieten und ihnen ermöglichen, preisgünstige und qualitativ hochwertige Nahrungsmittel zu erzeugen. Die Landwirtschaft ist staatlich zu fördern durch garantierte Erzeugerpreise, billige Kredite, Steuerermäßigungen und — soweit notwendig — durch gezielte Subventionen. Eine höhere Produktivität der Landwirtschaft ist vor allem dadurch anzustreben, daß Gemeinschaften und Gemeinschaftseinrichtungen, zu denen sich die Bauern zusammenschließen, staatlich unterstützt werden. Der Preistreiberei der Großindustrie für Betriebsmittel, der Ausbeutung der Bauern durch Nahrungsmittel- und Handelskonzerne ist Einhalt zu gebieten. Die bäuerlichen Wirtschaften sind vor den diskriminierenden, existenzgefährdenden Auswirkungen der EWG-Politik zu schützen.

6. Die Existenz des städtischen Mittelstandes, des Handwerks, der Einzelhändler und der Gewerbetreibenden ist zu sichern. Um die wirtschaftliche Selbständigkeit und Leistungsfähigkeit ihrer Betriebe zu erhöhen, sind Steuer- und Krediterleichterungen und Förderbeihilfen zu gewähren. Genossenschaftseinrichtungen und kooperative Zusammenschlüsse sind zu fördern. Die staatlichen Kreditgarantien und Kreditgarantiegemeinschaften sind auszubauen.

7. Für die Verbesserung der Lebenslage der werktätigen Bevölkerung ist es von großer Bedeutung, daß sie mit ausreichendem Wohnraum zu sozial vertretbaren Mieten versorgt wird. Es gilt, langfristige Pläne für die Modernisierung der Städte und Gemeinden aufzustellen, den sozia-

len Wohnungsbau verstärkt fortzusetzen, den gesetzlichen Mieterschutz wiederherzustellen, den durch die Lücke-Gesetze staatlich verordneten Mietwucher sowie die Bau- und Bodenspekulation zu unterbinden. Eine vernünftige, vorausschauend geplante Raumordnung ist notwendig, um eine optimale wirtschaftliche Entwicklung in allen Teilen unseres Landes zu sichern.

8. Das gesamte Verkehrsnetz, der Straßenbau, die Bundesbahn, die öffentlichen Nahverkehrsmittel, die Wasserstraßen und der Luftverkehr sind auszubauen und zu modernisieren, damit sie den Anforderungen einer modernen Wirtschaft gerecht werden. Den Kommunen sind dafür genugend Finanzmittel zuzuweisen. Die Kraftfahrzeug-, Beförderungs- und Mineralolsteuer ist ausschließlich für die Verbesserung des Verkehrs- wesens zu verwenden.

9. Die industriell hochentwickelte Bundesrepublik benötigt enge ökonomische Beziehungen mit allen Ländern, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung. Jede einseitige Handelsorientierung ist zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft, nützt nur wenigen Großunternehmen. Durch die einseitige Bindung an die EWG, die immer mehr von einigen internationalen Großkonzernen beherrscht wird, werden Barrieren gegen die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Ländern errichtet.

Deshalb ist eine Neuorientierung der Außenwirtschaftspolitik der Bundesrepublik erforderlich. Es gilt, die wirtschaftliche Zusammenarbeit aller europäischen Staaten zu fördern. Innerhalb der EWG ist eine Demokratisierung ihrer Organe anzustreben, damit der Einfluß der großen Konzerne zurückgedrängt, der der Arbeiterschaft, der Gewerkschaften sowie der nationalen Parlamente auf die grundlegenden Entscheidungen erhöht wird.

10. Die gefährliche Überfremdung und der Ausverkauf der Wirtschaft, die Beherrschung ökonomischer Schlüsselpositionen durch US-Konzerne sind zu unterbinden bzw. rückgängig zu machen. Ausländisches Kapital, Kapitalimporte und der Gewinntransfer sind gesetzlich zu kontrollieren, die nationalen Wirtschaftsinteressen sind zu schtzen.

11. Der Handel zwischen den beiden deutschen Staaten muß ausgebaut und von allen Diskriminierungen befreit werden. Er sollte durch ein Handelsabkommen zwischen den Regierungen eine gesunde Basis erhalten. Eine gemeinsame Wirtschaftskommission und ähnliche Einrichtungen für spezielle Wirtschaftsbereiche könnten eine realistische Politik im Handel, im Finanz- und Zahlungsverkehr und in den anderen vielfältigen Wirtschaftsbeziehungen einleiten. Das würde die Annäherung und Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten fördern.

12. Die Beziehungen zu den Entwicklungsländern missen vom Geist echter Partnerschaft getragen sein. Diesen Ländern gilt es, umfassend zu helfen bei der Erlangung ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit, beim Aufbau eigener industrieller Grundlagen, bei der Überwindung von Not, Hunger, Krankheit und Unwissenheit.

IV.

Die Wege zu einer Demokratisierung der Wirtschaft

Eine demokratische und soziale Wirtschaftspolitik ist nur dann zu verwirklichen, wenn das Prinzip der Mitbestimmung des arbeitenden Volkes allseitig verwirklicht wird.

1. Mitbestimmung

Mitbestimmung ist die maßgebliche Beteiligung der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften an der Führung und Verwaltung von Betrieben, Unternehmen sowie überbetrieblichen Wirtschaftsorganen. Die Arbeiter und Angestellten müssen mitbestimmen über die Lebens- und Arbeitsbedingungen, über die Probleme, die der technische Fortschritt aufwirft, über die Erhaltung und Gestaltung der Arbeitsplätze und des Arbeitszeitpos.

Mitbestimmung erfordert Einfluß auf die Investitionstätigkeit, die Fabrikations- und Arbeitsmethoden, die Verteilung des Gewinns, die Höhe der Sozialleistungen und alle Fragen, die die Interessen der Arbeiter, Angestellten, Techniker und Wissenschaftler berühren. Sie erfordert nicht zuletzt volle Information über die wirtschaftliche Lage der Unternehmen.

Mitbestimmung verhindert, daß willkürlich Betriebszusammenlegungen, Stillegungen und Verlagerungen aus Profitgründen erfolgen, wie wir dies gegenwärtig im Steinkohlenbergbau und in der Stahlindustrie erleben. Wenn technische Neuerungen eingeführt werden, ist zugleich ein Sozialplan zu verabschieden, der den sozialen Besitzstand der Arbeiterschaft garantiert.

Mitbestimmung erfordert die freie Betätigung der Gewerkschaften, die politische und gewerkschaftliche Meinungsfreiheit der Arbeiter und Angestellten in Betrieben und Verwaltungen. Deshalb sind das Betriebsverfassungs- und das Personalvertretungsgesetz zu ändern und die von den Gewerkschaften geforderte qualifizierte Mitbestimmung zu verwirklichen. Die Arbeiter und Angestellten sowie die Vertreter der Gewerkschaften müssen in den Vorständen und Kontrollorganen der Betriebe und Unternehmungen vertreten sein. Ihnen ist das Recht zu gewähren, vor der Belegschaft sowie vor den gewerkschaftlichen Institutionen volle Rechenschaft abzulegen.

2. Planung

Eine demokratische Wirtschaftspolitik muß vorausschauen und planen. Gegenwärtig werden alle Lenkungsmaßnahmen der Wirtschaft von den Konzernen und den ihnen dienstbaren Staatsorganen monopolisiert. Eine demokratische Planung setzt voraus, daß der Einfluß des Großkapitals

zurückgedrängt, daß die Arbeiterschaft, alle werktätigen Schichten und ihre Organisationen maßgeblichen Einfluß auf das staatliche und wirtschaftliche Leben erlangen. Sie müssen die Grundlinie der Wirtschaftspolitik mitbestimmen, bei der Vorbereitung von Gesetzen, in den Gutachtergremien usw. vertreten sein.

Um ein weiteres Wirtschaftswachstum und soziale Sicherheit zu erreichen, sollte durch eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eine wissenschaftlich begründete Bilanz aufgestellt werden. Damit würde ein Überblick über Stand und Entwicklungstendenzen der Volkswirtschaft ermöglicht. Darauf aufbauend sollte ein volkswirtschaftlicher Rahmenplan erarbeitet werden, an dessen Fertigstellung die Gewerkschaften, die Organisationen der Bauern, des Handwerks und Gewerbes sowie der nicht konzerngebundenen Unternehmer zu beteiligen sind. Mit Hilfe dieses Rahmenplanes sind die Investitionen im gesamtvolkswirtschaftlichen Interesse zu steuern und ein stabiles Wachstum der Wirtschaft und des Lebensstandards der Bevölkerung zu gewährleisten. Für alle staatlichen Institutionen, für die Betriebe der öffentlichen Hand sind verbindliche wirtschaftliche Orientierungspunkte zu schaffen. Die private Wirtschaft sollte durch ökonomische und steuerliche Mittel veranlaßt werden, ihre wirtschaftliche Tätigkeit dem volkswirtschaftlichen Rahmenplan einzuordnen.

Nur mit Hilfe demokratischer Planung lassen sich bereits herangereifte und künftige Strukturprobleme lösen. Nur so kann Hunderttausenden Arbeitern das bittere Los der Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung und sozialen Degradierung erspart bleiben. Würde heute in der Bundesrepublik eine demokratische Planung praktiziert, so könnte den Strukturkrisen entgegengewirkt werden, dann gäbe es keine Krise des Bergbaus und keine krisenhafte Entwicklung in der Stahlindustrie.

Um die Krise im Bergbau zu lösen, sollte unverzüglich ein nationaler Energieplan erarbeitet werden. Durch verstärkte Veredelung der Kohle in der Energiewirtschaft und in der chemischen Industrie, durch den Bau neuer Wärmekraftwerke und Heizwerke ist der Absatz des Kohlebergbaus und damit die Existenz des wichtigsten nationalen Energieträgers zu sichern.

Als Sofortmaßnahme schlägt die KPD vor:

- Die Zechenstilllegungen sind einzustellen;
- die Zahlung von Stilllegungsprämien ist sofort zu beenden;
- Feierschichten sind zu verhindern bzw. deren volle Bezahlung zu garantieren;
- verbindliche Sozialpläne sind aufzustellen, die die Rechte und die Lebenslage der Bergarbeiter sichern;
- die ausländischen Erdölkonzerne sind einer strengen Kontrolle zu unterwerfen.

Auch für die Stahlindustrie und andere Bereiche der Wirtschaft sind Strukturpläne aufzustellen. Im Ruhrgebiet, das gegenwärtig am schwer-

sten von den Folgen einer verfehlten Wirtschaftspolitik betroffen wird, sind neue Industrien anzusiedeln.

Eine demokratische Planung muß bestrebt sein, Wissenschaft und Bildung zu fördern. Es gilt, die Industriezweige, die maßgeblich den technischen Fortschritt bestimmen, die die Leistungsfähigkeit einer modernen Wirtschaft im besonderen Maße steigern, wie die chemische Industrie, die Elektrotechnik, die Elektronik und die friedliche Nutzung der Atomenergie, besonders zu fördern.

Als Instrument der demokratischen Planung ist die gesamtwirtschaftliche, überbetriebliche Mitbestimmung zu verwirklichen, sind entsprechend den gewerkschaftlichen Vorstellungen ein Bundeswirtschaftsrat und regionale Wirtschaftsräte zu schaffen, in denen die Vertreter des arbeitenden Volkes mitbestimmen. Die Bundesbank muß die Aufgabe haben, eine solche demokratische Wirtschaftspolitik zu unterstützen. Ihre leitenden Gremien sollten nach den Grundsätzen der Mitbestimmung unter Beteiligung der Gewerkschaften und der Organisationen der Mittelschichten in Stadt und Land zusammengesetzt sein. Die Wirkung einer demokratischen Planung wird umso größer sein, je höher der Anteil der öffentlichen Hand an der Verfügungsgewalt über die entscheidenden Produktions- und Kreditmittel ist.

3. Öffentliches Eigentum

Die Einschränkung der wirtschaftlichen Vormachtstellung der Großkonzerne und damit eine echte Kontrolle wirtschaftlicher Macht erfordert die Überführung der Schlüsselindustrien sowie der anderen wirtschafts- und marktbeherrschenden Unternehmen in öffentliches Eigentum bzw. die Kontrolle der Mehrheit des Aktienkapitals durch die öffentliche Hand. Hierzu gehören vor allem die Großbanken, die Atomwirtschaft, die großen Chemie-, Erdöl- und Elektrokonzerne sowie die Eisen- und Stahlindustrie und der Kohlenbergbau. Die wirksamste Form öffentlichen Eigentums ist die Nationalisierung bei demokratischer Leitung und Verwaltung der nationalisierten Unternehmen. Die Entschädigung erfolgt entsprechend den Bestimmungen des Grundgesetzes. Kleinaktionäre, die diesen Wunsch äußern, können ihre Aktien auch in den in Gemeineigentum überführten Betrieben behalten und ihre vollen Rechte ausüben. Es wird ihnen eine ausreichende Rendite gewährleistet.

Jede Reprivatisierung öffentlichen Eigentums, die nur die Macht der Konzerne und Großaktionäre vermehrt, ist zu unterbinden. In den in öffentlicher Hand befindlichen Unternehmungen gilt es, eine vorbildliche Mitbestimmung durchzusetzen. Die Verwaltungen und Kontrollorgane sind durch die Beteiligung der Parlamente, der Belegschaften, der Gewerkschaften, der Ingenieure und Wissenschaftler sowie der nicht konzerngebundenen Zulieferer und Abnehmer aus der Bauernschaft, dem Handwerk, dem kleinen und mittleren Unternehmertum zu demokratisieren. Die in öffentliches Eigentum übergeführten Betriebe sollten maß-

geblich den wissenschaftlich-technischen Fortschritt bestimmen und in der Lage sein, vorbildliche Arbeitsbedingungen, hohe Löhne und soziale Sicherheit zu gewähren.

Möglichkeiten, einen Anteil am Produktionsvermögen und an der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel zu erlangen, ergeben sich für die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften auch über die Bildung gesellschaftlicher Fonds. Diese Fonds sind aus den Unternehmertgewinnen zu finanzieren und ihre Anteile den Arbeitern und Angestellten zusätzlich zum Lohn und Gehalt zu gewähren. Sie sind durch ihre Vertreter und ihre Gewerkschaften selbst zu verwalten.

Die vereinte und rationale Nutzung des bereits heute in den Händen der Gewerkschaften, der Konsumgenossenschaften, der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften, der genossenschaftlichen Einrichtungen der Bauernschaft und des Handwerks befindlichen Eigentums kann ein wichtiger Beitrag dafür sein, die Position der demokratischen, antimonopolistischen Kräfte in der Wirtschaft zu stärken.

* * *

*

Die KPD unterbreitet diese Vorschläge für eine stabile Friedenswirtschaft, für eine demokratische Wirtschaftspolitik den Arbeitern und allen werktätigen Menschen der Bundesrepublik. Wir wissen uns in der großen Richtung und in vielen Einzelvorschlägen einig mit den Forderungen und Vorstellungen der Gewerkschaften, zahlreicher Sozialdemokraten und anderer demokratischer Kreise. Die bedrohlichen Tendenzen in der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes können aber nur überwunden, die sozialreaktionären Anschläge der Regierung und des Großkapitals nur abgewehrt werden, wenn die demokratischen Kräfte gemeinsam und entschlossen handeln.

Wir Kommunisten appellieren an alle Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaften, an die Bundestagsfraktion und die Organisationen der Sozialdemokratischen Partei, sich den arbeiterfeindlichen Plänen der Regierung entgegenzustellen. Wir wenden uns an sie alle mit dem Vorschlag: **Laßt uns vereint die Kraft der Arbeiterorganisationen einsetzen für eine demokratische und soziale Wirtschaftspolitik, für das volle Mitbestimmungsrecht des arbeitenden Volkes, für die gerechten sozialen und wirtschaftlichen Forderungen im Aktions- und Grundsatzprogramm der Gewerkschaften.**

Laßt uns gemeinsam dahin wirken, daß der unheilvolle Einfluß des Großkapitals eingeschränkt und der Einfluß der Arbeiter und Angestellten, aller werktätigen Volksschichten auf das wirtschaftliche und staatliche Leben erhöht wird. Das wäre ein bedeutsamer Beitrag zur Überwindung der Kluft, die heute zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit besteht. Es würde helfen, das wirtschaftliche Leben endlich in Übereinstimmung zu bringen mit dem Geist und Buchstaben des Grundgesetzes.

